

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Reinhold Lopatka, Mag. Jörg Leichtfried, Michel Reimon, MBA, Kolleginnen und Kollegen

**betreffend Jahrestag des Beginns des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine**

eingebracht im Zuge der Debatte in der 200. Sitzung des Nationalrates zur Dringlichen Anfrage der Abgeordneten Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Ein Jahr russischer Angriffskrieg in der Ukraine - Wie sichern Sie Österreichs Freiheit und Sicherheit von Putins Russland, Herr Bundeskanzler?“

### BEGRÜNDUNG

Am 24. Februar 2022 überfiel Russland die Ukraine. Russland bricht auf brutale Weise das Völkerrecht, verletzt die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine, gefährdet die Sicherheit Europas und bedroht die europäischen Werte. Den Menschen in der Ukraine wurde im bisherigen Verlauf des Krieges unfassbares Leid zugefügt. Ermittlungen hinsichtlich mutmaßlicher Kriegsverbrechen werden derzeit u.a. durch die vom VN-Menschenrechtsrat eingesetzte Untersuchungskommission mit Sitz in Wien sowie dem Internationalen Strafgerichtshof durchgeführt.

Am 24. Februar 2022 hat der österreichische Nationalrat in dem ersten von insgesamt sieben Beschlüssen seit Ausbruch des Krieges den am selben Tag von Präsident Putin angeordneten Angriffskrieg auf die Ukraine auf das Schärfste verurteilt und seine umfassende Solidarität mit der Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung bekundet, jenen Menschen, die Angehörige im Krieg verloren haben, die zur Flucht innerhalb der Ukraine und ins Ausland getrieben wurden und deren Heimat von massiver Zerstörung betroffen ist. Zudem gebührt den Ukrainerinnen und Ukrainern, die sich weiter jeden Tag tapfer und vehement der russischen Aggression entgegenstellen, vollste Unterstützung und Respekt.

Seit dem Ausbruch des Krieges am 24. Februar 2022 hat Österreich gemeinsam mit der Europäischen Union und in Abstimmung mit internationalen Partnern schnell und entschieden mit umfassenden restriktiven Maßnahmen auf die russische Aggression reagiert und substantielle humanitäre und makrofinanzielle Hilfe an die Ukraine geleistet. Seit Kriegsbeginn beläuft sich die österreichische Unterstützung für die Ukraine und die besonders von den negativen Auswirkungen des Krieges betroffenen Nachbarstaaten auf über 124,6 Millionen Euro. Sie reicht von Unterstützungen finanzieller Natur bis hin zu Sachspenden. Hinzu kommt die österreichische Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof in der Höhe von 200.000 Euro und die Entsendung eines Experten.

Die unterfertigten Abgeordneten bekämpfen erneut ihre Solidarität mit der Ukraine und deren Bevölkerung, verurteilen auf das Schärfste die grundlose und ungerechtfertigte militärische Aggression Russlands und werden sich auch weiterhin für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine einsetzen.

Gezielten Desinformationskampagnen wie sie von Kreml-nahen Quellen mittels Propaganda und Fake News verbreitet werden, ist entschieden entgegenzutreten.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen demnach folgenden

### **ENTSCHLIESSUNGSAANTRAG**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht,

- weiterhin mit Nachdruck insbesondere im Verband mit der EU und in enger Abstimmung mit internationalen Partnern wie bisher für die unverzügliche Einstellung der Angriffe Russlands und die Wiederherstellung der territorialen Integrität und vollen Souveränität der Ukraine, der Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte einzutreten,
- sich dafür einzusetzen, dass Täter und Befehlshaber für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der Ukraine rasch zur Verantwortung gezogen werden,
- bilaterale Bemühungen fortzuführen und multilaterale Bemühungen wie jene im Rahmen der Vereinten Nationen und der OSZE mit Nachdruck zu unterstützen, um eine Deeskalation des Krieges bei gleichzeitigem Offthalten von Gesprächskanälen zur Förderung eines politischen Friedensprozesses zur Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens zu erreichen und
- weitere humanitäre Unterstützung für die Ukraine und den am meisten von den negativen Auswirkungen des Krieges betroffenen Nachbarländern in der Region bereitzustellen.“

